

Nr. 17/185 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Situation und Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 25. Juli 2008
(Drucksache 17/206 S)
2. Zentrenpolitik im Kontext integrierter Stadtentwicklung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. September 2008
(Drucksache 17/219 S)

Nr. 17/186 S

Fragestunde

1. Situation der naturwissenschaftlichen Fachräume am SZ Lerchenstraße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 9. September 2008
2. Windkraftanlage auf dem Gelände des SZ Lerchenstraße
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 9. September 2008
3. Wohnberatung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Jürgen Pohlmann, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. September 2008
4. Nachwuchsmangel bei der Berufsfeuerwehr
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. September 2008
5. Kultur in der Überseestadt
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 23. September 2008
6. Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 30. September 2008

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/187 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/188 S

Aufgabenerfüllung im Stadtamt

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FDP und DIE LINKE.
vom 4. Juni 2008
(Drucksache 17/187 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. September 2008

(Drucksache 17/225 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/189 S

Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juni 2008
(Drucksache 17/188 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 1. Juli 2008

(Drucksache 17/200 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Stadtbürgerschaft geht davon aus, dass bei der Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik aktuelle Erkenntnisse einer modernen und zukunftsweisenden Stadtentwicklung berücksichtigt werden, wie zum Beispiel rückläufige Bevölkerungszahlen, ökologische und energetische Aspekte, Innenentwicklung, wirtschaftlicher und sozialer Strukturwandel, Barrierefreiheit sowie das Zusammenführen von Wohnen und Arbeiten.
2. Nachbarschaftliche Netzwerke und sozialer Zusammenhalt sind Grundvoraussetzung für attraktive und funktionierende Wohnquartiere, deshalb erwartet die Stadtbürgerschaft, dass bei der Neuausrichtung der Stadtentwicklung auch Handlungsmöglichkeiten zur besseren Verzahnung der Stadtentwicklung mit Maßnahmen der Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Sport- und Kulturpolitik aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Aufwertung aller Stadtteilzentren, die Sicherung der Nahversorgung sowie gute Nahverkehrsverbindungen zu berücksichtigen.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, für eine Neuorientierung bremischer Stadtentwicklungspolitik wirkungsvolle Formen der Bürgerbeteiligung zu entwickeln und Entscheidungsprozesse transparenter zu machen.
4. Die Stadtbürgerschaft vertritt die Auffassung, dass im Sinne einer lebendigen, kreativen Stadt nicht genutzte Immobilien, die kurz- oder mittelfristig nicht vermarktet werden können, für Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt werden sollten, um so Orte für – zeitlich begrenzte – kulturelle, soziale und wirtschaftliche Experimente zu schaffen.

Die Stadtbürgerschaft schlägt vor, zur Vermittlung dieser Flächen und Gebäude eine zentrale Leerstandsdatei und ein Zwischennutzungsmanagement einzurichten.

5. Die Stadtbürgerschaft setzt voraus, dass der auf Grundlage des neuen Leitbildes der Stadtentwicklung zu erarbeitende Flächennutzungsplan die seit 2007 bestehenden Möglichkeiten des Baurechtes, Flächen und sonstige Darstellungen von Festsetzungen auszunehmen, nutzt, um so Raum für Veränderungen zu eröffnen.

Bei der Festsetzung von Planungsrecht sollte die Möglichkeit des Zusammenführens von Wohnen und Arbeiten verstärkt angestrebt werden.

6. Die Stadtbürgerschaft erwartet im ersten Quartal 2009 einen Sachstandsbericht.

Nr. 17/190 S

Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Kindeswohl“

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 23. Juli 2008
(Drucksache 17/205 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. September 2008

(Drucksache 17/226 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/191 S

Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/214 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/192 S

Anpassungskonzept für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung in den Jahren 2009 bis 2013 – Nachbewilligung der notwendigen Mittel

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 6. Oktober 2008
(Neufassung der Drs. 17/230 S vom 01.10.08)
(Drucksache 17/231 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 7. Oktober 2008

(Drucksache 17/232 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/193 S

Ortsgesetz über Sanierungsgebiete im Stadtteil Neustadt

Mitteilung des Senats vom 9. September 2008
(Drucksache 17/222 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 17/194 S

Bebauungsplan 1366

Änderung des Bebauungsplanes 1723 gemäß § 13 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Osterholzer Heerstraße, Ehlersdamm, Beim Sachsendorf, Wölbacker (zum Teil beiderseits) und Zu Wendts Hof

Mitteilung des Senats vom 16. September 2008
(Drucksache 17/224 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1366.

Nr. 17/195 S

157. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack für das Grundstück Weserstraße 65 (Flurstück 2/9, VR Vegesack Flur 1)

Mitteilung des Senats vom 30. September 2008
(Drucksache 17/227 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 17/196 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 15 vom 30. September 2008

(Drucksache 17/229 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/197 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bildung

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Winfried B r u m m a

anstelle der Abgeordneten Karin Bohle-Lawrenz zum Mitglied der städtischen Deputation für Bildung.

Nr. 17/198 S

Verkehrschaos abwenden – Vernünftige Baustellenkoordination wieder sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. September 2008
(Drucksache 17/215 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/199 S

Shared Space für Bremen prüfen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. September 2008
(Drucksache 17/218 S)

1. Der Senat wird gebeten, in enger Zusammenarbeit mit den politischen Gremien, geeignete Flächen für die Umsetzung eines Modellprojektes Shared Space in Bremen zu identifizieren.
2. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass potenzielle Shared-Space-Projekte mit direkter Beteiligung der Anwohner/-innen, des Landesbehindertenbeauftragten, der Behindertenverbände und der zuständigen Beiräte entwickelt werden und eine finanzielle Förderung im Rahmen europäischer Programme geprüft wird.
3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, eine Darstellung über die finanziellen Auswirkungen von Shared-Space-Projekten in Bremen vorzulegen.
4. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat um einen Bericht über den Stand der Prüfung von Shared-Space-Projekten binnen eines halben Jahres und gegebenenfalls um einen Zeit- und Maßnahmenkatalog für deren Umsetzung, der in der Deputation für Bau und Verkehr vorgestellt und beraten werden soll.

Nr. 17/200 S

Programm zur Demontage von Verkehrsschildern in allen Stadtteilen durchführen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. September 2008
(Drucksache 17/221 S)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 7. Oktober 2008**

(Drucksache 17/234 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/201 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Freie Fahrt fürs Klima: Autofreier Tag 2009
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 10. September 2008
(Drucksache 17/223 S)

